

Antrag

des NEOS Landtagsklubs (Erstantragstellerin KO LA Birgit Obermüller)

betreffend: **Modellregion Gemeinsame Schule in Innsbruck**

Der Landtag wolle beschließen

"Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, Verhandlungen mit dem Bildungsministerium zu initiieren, um in Innsbruck ehestmöglich eine Pilotregion für eine "Gemeinsame Schule der 10 - 14-Jährigen" zu etablieren."

Zuweisungsvorschlag:

Ausschuss für Bildung, Kinderbetreuung, Kunst und Kultur sowie Wissenschaft und Forschung

Begründung:

Am 6. März 2024 fasste der Tiroler Landtag folgenden Beschluss: "Die Landesregierung wird aufgefordert, die Arbeit in der Arbeitsgruppe zum Thema der gemeinsamen Schule weiter zu forcieren und gemeinsam mit Expert:innen Ergebnisse für neue Schulunterrichts- und Lehrformen konstruktiv, wertschätzend, zeitnah und zukunftsorientiert zu erarbeiten." Es handelte sich dabei um einen Beschluss zu einem Abänderungsantrag der Regierungsparteien als Reaktion auf einen Antrag der NEOS, der folgendermaßen lautete: „Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung zu initiieren, um die Gemeinsame Schule für 10- bis 14-Jährige in Tirol einführen zu können.“

Am 27. Jänner 2025 stellten die NEOS eine schriftliche Anfrage an LRin MMag. Dr. Cornelia Hagele (50/2025), zu welchem Zeitpunkt die Arbeitsgruppe zum Thema der gemeinsamen Schule gegründet wurde, welche Personen dieser Arbeitsgruppe angehören und welche Arbeitsergebnisse mittlerweile vorliegen. In der Anfragebeantwortung signalisierte die LRin, dass diese Fragen eigentlich nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fielen, sondern jenen des Bundes. Es würde sich daher gegenständlich nicht um Angelegenheiten der Landesverwaltung im Sinne des § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Tiroler Landtages handeln, weshalb grundsätzlich keine Verpflichtung zur Beantwortung Ihrer Anfrage besteht. Ungeachtet dessen könne aber folgende Stellungnahme abgegeben werden: Die Einführung einer Gemeinsamen Schule war im Regierungsabkommen vorgesehen, doch ihre Umsetzung hängt maßgeblich von den bundespolitischen Entwicklungen ab. Da diese weitgehend in der Kompetenz des Bundes liegen, wurde eine Weiterverfolgung auf Tiroler Ebene zunächst als nicht zielführend erachtet. Mit der Angelobung der neuen Bundesregierung am 03.03.2025 und ihrem Programm „JETZT DAS RICHTIGE TUN. Für Österreich“, das die Gemeinsame Schule erneut aufgreift, wären nun die Voraussetzungen gegen, um die Arbeiten in diesem Bereich wieder aufzunehmen.

Aus diesem Grund greift die Antragstellerin das Thema der Gemeinsamen Schule erneut auf. Aufgrund von fehlenden Gymnasium-Plätzen in Innsbruck erscheint die Landeshauptstadt als geeigneter Ort für die Umsetzung einer Pilotregion.

Seit 20 Jahren wird in Österreich darüber diskutiert, dass die PISA-Ergebnisse mäßig ausfallen im Vergleich zu den sehr hohen Investitionen in unser Bildungssystem. Der sozio-ökonomische Hintergrund von Schülerinnen spielt nach wie vor eine große Rolle für einen Bildungserfolg, ebenso hat ein akademischer Hintergrund von Eltern Einfluss auf die schulische Leistung. Nach vier gemeinsamen Volksschuljahren muss die Entscheidung getroffen werden, ob die Schullaufbahn in einer Mittelschule oder in einem Gymnasium fortgeführt wird. Viel zu früh, wie Bildungsexperten seit vielen Jahren warnen. In keinem anderen OECD-Land müssen sich Kinder so früh entscheiden. In vielen Fällen sind Kinder als auch Eltern großem Druck ausgesetzt und nicht immer wird die richtige Entscheidung getroffen. Im Anmeldezeitraum für ein Innsbrucker Gymnasium spielen sich aufgrund der begrenzten Plätze jährlich Familiendramen ab. Mittlerweile melden sich sogar Psychologinnen zu Wort, um von den negativen Auswirkungen des Drucks auf Kinder zu warnen. In Österreich wurde diese frühe Selektierung bislang nicht angetastet. Bildungsforscher:innen sind sich dahingehend einig, dass sie Leistung verhindert und Ungerechtigkeit verstärkt. Michael Schratz, Gründungsdekan der School of Education an der Uni Innsbruck beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Schulentwicklung. Er kritisiert, dass in Österreich in den vergangenen Jahren eher an Optimierungsprozessen als an den großen Fragen der Wirksamkeit des Gesamtsystems gearbeitet wurde. Die Basis für einen gerechten Bildungsweg wird bereits in der Elementarbildung gelegt. Eine Gemeinsame Schule kann einen weiteren Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit leisten.

NEOS gehen jedoch nicht davon aus, dass eine Gemeinsame Schule automatisch zu Chancengerechtigkeit führt. In einigen Ländern der Welt besteht auf dem Papier zwar eine Gemeinsame Schule, aber in der Realität findet eine starke Segregation zwischen öffentlichen Schulen und Privatschulen statt. Zu den Gelingensbedingungen für die Gemeinsame Schule zählen:

- Vielfalt statt Einheitsbrei: Volle Schulautonomie und innere Differenzierung
- Freie Wahl der Schule ohne Schulgeld: Auch Privatschulen sollen öffentlich finanziert und beitragsfrei sein.
- Chancenbonus-Finanzierung: Schulen mit größeren sozialen Herausforderungen sollen mehr Mittel bekommen, damit nicht der Wohnort über die Bildungschancen bestimmt.

Innsbruck, am 24. April 2025